15ter Jahrgang. 2tes Quartal.

Wochenblatt für das Fürstenthum Oels.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, Dinstags, Donnerstags und Sonnabends, früh, in einem Bogen. Der Preis beträgt für das Vierteljahr 15 Sgr.; einzeln aber kostet das Blatt 1 Sgr.

Inserate werden den Tag vor der Ausgabe bis spätestens Mittag 12 Uhr



angenommen: in Oels in der Expedition dieses Blattes, in Poln. Wartenberg in der Stadtbuchdruckerei, in Kempen in der Buchhandlung von G. Fränkel, in Bernstadt in der Handlung von Lorenz. Die Insertionsgebühren betragen pro Zeile nur 1 Sgr., bei Wiederholungen bloß die Hälfte.

Ein Volksblatt

für Staats- und Gemeinwohl, zur Belehrung und Unterhaltung.

(Schnellpressen-Druck und Verlag von A. Ludwig.)

№ 15. Donnerstag, den 6. April. 1848.

Wer ist gemäßigt?

Jeder, der es redlich meint, in der Religion wie in der Politik, glaubt, er halte das rechte Maaß. Darum meint fast Jeder gemäßigt zu sein, der Republikaner, der keinen König mehr will, wie der Absolutist, der das Volk gar nichts gelten lassen will. Fast Jeder weiß, daß noch Andre über seine Grenzen hinausgehen; darum meint er, das rechte Maaß zu haben. Wollten wir nun so ermitteln, welche Meinung die gemäßigte sei, so müßten wir alle tausend Millionen, welche die Erde bewohnen, abstimmen lassen. Die Meinung, der die Meisten anhingen, würde aber bloß deßhalb weder die richtige noch die gemäßigte sein. In 5 Jahren stimmten vielleicht die Meisten für eine andre Ansicht. Auf diese Weise läßt sich nie eine solche Wahrheit ermitteln.

Wer soll nun entscheiden, welche Ansicht die wahrhaft gemäßigte sei? Offenbar kein Mensch; denn Jeder hält seine Ansicht für die richtige; sonst hätte er sie nicht. Folglich würde Jeder für seine Ansicht stimmen und seine für die richtige und die wahrhaft gemäßigte erklären. Damit ist man noch keinen Zoll breit näher an die Wahrheit. Auf diese Weise wird man nie die Wahrheit ermitteln.

Wahrhaft gemäßigt ist nur, wer andre Ueberzeugungen neben der seinen gelten läßt. Wer jeden Andersdenkenden entweder für einen Narren oder für einen Schurken hält, der ist nicht gemäßigt. Ich habe Protestanten ganz ernsthaft sagen hören, ein ächter Katholik müsse ein Heuchler oder ein Dummkopf sein. Ist nun so Einer, der so denkt, irgend besser, als die Dominikaner, welche die Ketzer lebendig verbrennen ließen? Ich habe Leute jubeln hören, als vor zwei Jahren die Galizischen Bauern die polnischen Edelleute todt schlugen und deren Schlösser plünderten und verbrannten. Sie jubelten über entsetzliche Greuel — weil die Befreiungsversuche der Polen ihnen verhaßt waren. Ich habe dieselben Leute die Preßfreiheit und alle Errungenschaften der neuen Zeit verwünschen hören, weil die Bauernunruhen unsrer Gegend ihr und ihrer Freunde Eigenthum zu bedrohen schienen. Sie haben auf die Freunde der neuern Bewegung schimpflichen und schmerzhaften Tod herabgewünscht, (auch dem Redacteur dieses Blattes die Ehre, die er sich hoch zur Ehre rechnet, angethan), weil die neue Bewegung oder neuere Ereignisse, die nur halb zufällig damit zusammenhängen, ihrem Vortheil oder ihren Ansichten gefährlich erschienen.

Man braucht nicht weit zu gehn, um über ehrenwerthe Männer, über unverfängliche Handlungen entehrende Schimpfwörter, wie „niederträchtig" „abscheulich" aussprechen zu hören, weil dieselben eben dem Redner nicht gefallen. In Mühlatschütz soll ein Aufwiegler von den Bauern todtgeschlagen und ins Wasser geworfen worden sein; in Pollentschine soll Gewalt der Angreifenden mit Gewalt vertrieben worden sein, und dies den Tod von zweien der Angreifer zur Folge gehabt haben. Die Erschlagenen kennen wir nicht; die Thäter wollen wir nicht richten; aber die sich so sehr und laut darüber freuen, haben sie denn ganz vergessen, was das sagen will: Menschenleben gesetzwidrig geopfert. Unsere Gesetze haben Strafen für jede Uebelthat; warum begnügt man sich nicht damit, zu wünschen, die Gesetze möchten vollstreckt werden.

Warum freute man sich vor zwei Jahren so über die Galizischen Bauern, und wüthet heut so über die Laskowitzer? Ist das nicht die alte Geschichte vom Junker Alexander? Ein Bauer kam zu ihm klagen, sein Hund habe des Junkers Kuh erbissen. Wer denn den Schaden tragen müsse. Gleich fuhr der Junker auf: „der Schelm, der Bauer, müsse es. Dreißig Thaler habe die Kuh gekostet; die solle der Bauer den Augenblick erlegen." „Ach, gestrenger Junker!" erwiederte der Bauer; „ich habe es nur in der Angst verkehrt gesagt. Nein! Euer Hund biß meine Kuh."

Und wie hieß nun das Urtheil Alexanders?

„Ja, Bauer, das ist ganz was anders."

Das ist also die Gerechtigkeit und Mäßigung der Herren. Was Ungesetzliches, Blutiges, Frevelhaftes zu ihrem Besten, zum Vortheil ihrer Partei geschieht, das rühmen sie, bejubeln sie, das wünschen sie mit Eifer herbei; sie bedauern gar, wenn es nicht geschehn ist. Was die Gegner Ungesetzliches, Blutiges, Frevelhaftes thun, das können sie nicht tief genug in den Abgrund der Hölle verwünschen; was diese Erlaubtes thun, aber nicht zu ihrem Wunsche, das muß wenigstens für ehrlos erklärt werden.

Aber es giebt keine Religionsansicht, keine politische Partei, der nicht verhältnißmäßig gleich viel ehrenwerthe, fromme, edle Männer angehört hätten. Wer nur mit erlaubten Mitteln seine Ueberzeugung geltend macht, durch Wort oder durch That, der kann bloß deßwegen nicht ehrlos, nicht verrucht sein; erst ehrlose und verruchte Denkungsart und Handelsweise macht einen Menschen ehrlos und verrucht.

Wer ist also wahrhaft gemäßigt? Wer dem Andersdenkenden das Recht zugesteht, seine Ueberzeugung zu haben. Wer feindlichen Ueberzeugungen weder Dummheit noch Heuchelei, weder Niederträchtigkeit noch Verruchtheit unterschiebt; wer Gesetz und Ehrenhaftigkeit gegen Freund und Feind beobachtet wissen will. Wer seine Ueberzeugung festhält und durchsetzt; wer feindliche Maßregeln und Grundsätze bekämpft, aber die Männer, die Träger derselben, deßhalb doch zu achten fähig ist, wo sie es verdienen. Wer sich immer von der Schwärmerei fern hält, das, was er für das Rechte hält, müsse jedem Vernünftigen als das Rechte einleuchten.

Diese edle und wahre Mäßigung kann man in jeder politischen und religiösen Ueberzeugung üben; der Communist kann gemäßigt sein, wenn er seine Wünsche bloß auf gesetzlichem Wege durchführen will; wer aber alle Communisten sogleich geköpft, gehängt, gerädert, und sonst ausgerottet

wünscht, der ist nicht gemäßigt, mag er sich zehnmal der Partei anschließen, welche ganz mit Unrecht sich die Gemäßigte nennt.

Diese Mäßigung kann am besten üben, wer in seiner Ueberzeugung feststeht; wer nach Grundsätzen urtheilt und nicht nach dem jedesmaligen Einflusse der Laune, des persönlichen Antheils, der zufälligen Leidenschaft. Ferner ist viel leichter der Muthige, der Entschloßne gemäßigt zu finden, als der Feige. Nichts ist grausamer als die Furcht. Es giebt Leute, die bloß deßhalb einen Krieg mit Rußland wünschen, will sagen einen Krieg, der Hunderttausende von Leben kosten wird, damit die unruhigen Köpfe etwas beschäftigt würden. Diese unruhigen Köpfe könnten ihnen die Schlafmütze etwas verrücken; da ist es besser, wenn ein Paar mal Hunderttausend in Schlacht und Krankheit und Hunger umkommen. Nur der Muthige kann gegen den Gegner gerecht sein; denn nur der Muthige nimmt es dem Gegner nicht übel, daß auch er für seine Sache einsteht. Nur der, der selbst aus reinen Beweggründen Gut und Leben seiner Sache darzubringen entschlossen ist, setzt auch bei Andern reine Beweggründe voraus. Nur wer zum höchsten Opfer bereit ist, kann alle unedlen Mittel verschmähn. Ein Beispiel! Vor zwei Jahren hieß es, die Polen hätten wollen die preußischen Besatzungen vergiften. Man verabscheute dies. Mit Recht! Jetzt läßt sich die Zeitung aus Oberschlesien schreiben, man habe dort gesagt: „mit den Russen kämpfen wir nicht; wir vergiften sie.“ Ist nun das Vergiften bloß gegen Preußen abscheulich? Ist es etwa edel und ehrenwerth gegen die Russen? Wir verabscheuen Rußland, aber wir würden selbst den russischen Befehlshaber warnen, der von einem solchen Streiche bedroht wäre.

Diese Mäßigung also laßt uns predigen. Wahrt eure eigne Ueberzeugung, kämpft für sie, setzt sie durch! Aber ehrt auch die Ueberzeugung Andrer! Enthaltet euch der ungesetzlichen, der unedlen, der verbrecherischen Mittel für eure Sache nnd gegen die Gegner! Trennt namentlich die Personen von der Sache! Enthaltet euch der persönlichen Schmähungen, Beleidigungen, Verläumdungen! dann werden alle Parteien ohne Bürgerkrieg neben einander bestehn und, wo es nöthig ist, auch gemeinschaftlich wirken können. Wer aber maßlos in die Gegner und deren Ueberzeugung hineinschmäht und, wo es sein kann, schlägt, der vermehrt erst die Verbitterung und Aufregung, der nährt den Parteihaß; **der ist ein größerer Feind des Vaterlands und der ruhigen Entwickelung, als der Communist.** Und dies schreibt Einer, der lieber unter russischer Herrschaft als in einem Communistenstaate leben will.

Der allgemeine Landtag in Berlin.

Der vorjährige allgemeine Landtag war ein bedeutender Fortschritt in Preußen gewesen; zum ersten Male sprachen einzelne Vertreter der Stände die Landesbedürfnisse offen aus. Aber es fehlte viel, daß der Landtag durch sich bedeutende Fortschritte erzielt hätte; fast keiner der Volkswünsche erhielt die erforderliche Stimmenmehrheit. Daran war die Zusammensetzung des Landtags Schuld; in der zweiten Curie bildeten die Rittergutsbesitzer über $\frac{2}{3}$, die städtischen und ländlichen Abgeordneten $\frac{1}{3}$; die erste Curie bildeten **50 — 60** der größten Grundbesitzer. Nun konnte keine Bitte an den König gebracht werden, wenn nicht $\frac{2}{3}$ der Stimmen in jeder Curie dafür waren; folglich reichten **21** große Gutsbesitzer ($\frac{1}{3}$ des Herrenstandes) hin, um die Wünsche von **15** Millionen Einwohnern zu nichte zu machen. Aber auch der dritte und vierte Stand vertraten nicht das Volk, sondern nur wohlhabendere Volksklassen; der gescheuteste, achtbarste und beliebteste Mann, war in Oels nicht wählbar, wenn er nicht ein städtisches Grundstück von **2000** Rthlr. Werth **10** Jahr lang besaß und außerdem noch ein bürgerliches Gewerbe trieb oder Magistratsmitglied war. Wähler aber waren in der Stadt die Stadtverordneten durch deputirte Wahlmänner.

Auf diese Weise vertrat der Landtag das Volk durchaus nicht und, wo er wenigstens dessen Wünsche an den König bringen wollte, war ihm selbst das Bitten sehr schwierig gemacht. Wer aber den Leuten das Bitten erschwert, bringt sie allmählig dahin zu fordern. Das haben wir seit **6** Wochen in ganz Deutschland und auch in Preußen erlebt.

Diesen Forderungen gab nun der König nach; er versprach constitutionelle Verfassung und ein freies, ganz allgemeines Wahlgesetz, so daß das ganze Volk vertreten werde. (Vgl. Nro. **12** außerordentliche Beilage. Se. **89.** Patent wegen schleuniger Einberufung des vereinigten Landtages und Nro. **12** Se. **98.** An mein Volk und an die deutsche Nation.) Aber diese neue Constitution und das allgemeine Wahlgesetz sollten von eben den Ständen berathen werden, welche das Volk und die Volkswünsche nicht vertraten, und in denen die bevorrechteten Stände ein solches Uebergewicht hatten. Das schien gefährlich für die Volkswünsche; darum schickten die Städte Breslau und Liegnitz eine Deputation an den König, zu bitten, er möge nicht erst den Landtag einberufen, sondern aus eigner Machtvollkommenheit ein neues Wahlgesetz geben, wie er versprochen hatte: „auf den breitesten Grundlagen.“ Der König erwiederte, auf ihre Bitte allein könne er das Gesetz nicht ändern; der Landtag sei berufen; nur wenn der allgemeine Wunsch des Landes sich so ausspreche, könne er den Landtag unverrichteter Sache heimschicken. Darauf forderten Magistrat und St.-V. von Breslau alle Städte auf, den König zu überzeugen, daß es allgemeiner Wunsch sei. Sofort gingen viele Bittschriften ab, auch von Oels eine, welche durch eine Bürgerversammlung veranlaßt war. (Vgl. Nro. **13** außerordentliche Beilage Se. **104**). Indessen erklärten andre Städte sich auch dagegen. Alles war nun gespannt auf Sonntag den **2.** April, wo der Landtag eröffnet werden sollte. Man war auch nicht ohne Befürchtung von Unruhen. Doch ist dieselbe glücklicher Weise unerfüllt geblieben, obwohl der König nicht auf unsre Bitten eingegangen ist.

Sonntag den **2.** April ward der zweite vereinigte Landtag um **12** Uhr im weißen Saale des königl. Schlosses eröffnet. Der königl. Commissarius und Vorsitzende im Staatsministerium Camphausen, begleitet von sämmtlichen Staatsministern, ward von einer Deputation von Mitgliedern in den Ständesaal geführt und sprach folgende Worte:

Hohe Versammlung!

Se. Majestät der König haben mir den Befehl ertheilt, den zweiten vereinigten Landtag in Allerhöchstihrem Namen zu eröffnen. Große Ereignisse haben einen Theil Europas erschüttert und unser Vaterland nicht unberührt gelassen. Sie bedrohen uns mit wachsenden Gefahren; sie eröffnen uns eine große Zukunft, Preußen und Deutschland werden die Zeit des Ueberganges bestehn, wenn sie mit besonnenem Muthe, mit geordneter Kraft auf der neu erschlossenen Bahn sich bewegen. Die Einheit Deutschlands war seit langer Zeit das Ziel, auf welches alle Wünsche, oft hoffnungslos, sich richteten; nunmehr gehen wir ihm mit raschen Schritten entgegen, und Se. Majestät der König bieten dazu die Hand, der **15** Millionen freudig zur Seite stehn. Die politische Berechtigung der Bürger im Staate war in Preußen ein um so lebhafter empfundenes Bedürfniß, als das Volk eine Stufe der Bildung erstiegen hatte, die es andern, unter freien Verfassungsformen lebenden Völkern mindestens gleich stellte. Se. Majestät der König haben eine wahre constitutionelle Verfassung verheißen und schon sind wir versammelt, um zu ihrem dauerhaften Ausbau die Grundsteine zu legen. Hoffen wir, daß das Werk rasch hinansteige, daß es sich anschließe und anfüge dem großen Verfassungsgebäude für das gesammte deutsche Volk!

Tief zu beklagen ist es, daß an die neuen Zustände nicht übergegangen werden konnte, ohne das Gefolge von Leiden, von welchen gegenwärtig die Gesellschaft getroffen ist. Nur darin mag ein Trost gefunden werden, daß die letzten Wochen viel verborgne Wunden aufgedeckt und Belehrung darüber gegeben haben, daß und wie ihre Heilung erstrebt werden soll. Die Regierung erkennt die Aufgabe, die Staatsgewalt neu zu kräftigen, die Bande der gesetzlichen Ordnung zu befestigen, das Vertrauen zu beleben, den geschwächten Credit zu heben und auf den Wiederaufschwung der Gewerbe und der lohnenden Arbeit hinzuwirken. Sie wird sich bemühen, den Frieden nach außen, so lange es die Ehre Deutschlands gestattet, zu erhalten, den Frieden nach innen zur Ehre Deutschlands herzustellen. Sie rechnet hierbei auf die gesunde Kraft der Staatsbürger, welche nunmehr berufen sind, zu beweisen, daß sie reif waren für die Freiheit. Auch auf die Unterstützung des hohen vereinigten Landtags rechnet die Regierung. Auf eine Unterstützung, die, wenn sie gewährt wird, in voller Freiheit der Berathungen und Ueberzeugungen gewählt werden möge. Niemand wird sich völlig dem Eindrucke zu entziehn begehren, den ein gewaltiger unverkennbarer Ausdruck der öffentlichen Meinung auf die individuelle Anschauung zu äußern geeignet ist; Niemand wird leugnen wollen, daß in bestimmter Zeit nothwendig und unentbehrlich werden kann, was in anderer Zeit gewissenhafter Ueberzeugung nicht rathsam erscheinen mochte. Unbezweifelt wird auch die hohe Versammlung bei ihren Berathungen den geänderten Zeitverhältnissen Rech-

nung tragen, allein es muß auch heute der freie Ausdruck ihrer Ansichten dem Lande willkommen sein, wie er Sr. Majestät und den Räthen der Krone willkommen sein wird. Das preußische Volk, indem es die Berathung seiner wichtigsten Angelegenheiten in der Presse und in öffentlichen Angelegenheiten (?) angetreten hat, darf nicht verkennen, daß nur im Kampfe der Ansichten die Wahrheit durchbricht, daß zur Wahrung der Freiheit jede Meinung mit voller Berechtigung und ungehindert sich muß äußern dürfen. Wenn gleich der hohe vereinigte Landtag, sowohl seiner Zusammensetzung als seinen Rechten nach, ungemein abweicht von der künftigen Volksvertretung, so legt doch die Regierung auch gegenwärtig auf seinen Beirath ein großes Gewicht, und in diesem Geiste übergebe ich die allerhöchsten Propositionen Ihrer hochgeneigten Prüfung und Berathung."

Hierauf ward auf den Antrag des Fürsten Lichnowsky sofort ein Ausschuß niedergesetzt, eine Adresse an den König zu entwerfen; Vorsitzer dieses Ausschusses ward v. Vincke, die anderen berühmteren Mitglieder sind v. Beckerath, Fürst Lichnowsky, Mevissen. Dieser Ausschuß brachte schon nach zwei Stunden folgende von Beckerath verfaßte Adresse in Vorschlag:

„Ew. Königl. Majestät haben uns in einem Augenblicke um sich versammelt, in welchem das deutsche Volk lange durch Zersplitterung und unfreie Zustände gehemmt, sich urkräftig zur Einheit und Freiheit erhebt. Alle Stämme reichen sich die Bruderhand und auch Preußen begehrt nichts Größeres, als ein lebensvolles Glied zu sein vom ehrwürdigen Ganzen. Lebensvoll macht nur die Freiheit; sie ist dem gesammten deutschen Vaterlande verbürgt durch die sich bildende Volksvertretung beim Bunde; sie ist Preußen verbürgt durch die Institutionen, welche Ew. Majestät als Grundlagen der preußischen Verfassung zugesichert haben, und es durchdringt uns, die wir zum letzten Mal versammelt sind, das erhebende Bewußtsein, daß künftig eine wirkliche Repräsentation des Volkes über die Geschicke des Vaterlandes wachen wird.

Noch aber sind wir das gesetzmäßige Organ des Landes und haben in dieser Eigenschaft Pflichten zu erfüllen. Ew. Majestät haben in dem Patent vom 18. März, im Aufruf vom 21. und in den Erlassen vom 22. und 28. d. Mts. die Zusicherung ertheilt, der Repräsentation des Volks Gesetzentwürfe vorlegen zu lassen über

- Freiheit der Presse;
- Sicherstellung der persönlichen Freiheit;
- Freies Vereinigungs- u. Versammlungs-Recht;
- Unabhängigkeit des Richterstandes;
- Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes, der Patrimonial-Gerichtsbarkeit und der Dominial-Polizei-Gewalt;
- Oeffentliche und mündliche Rechtspflege mit Schwurgerichten in Strafsachen und insbesondere für alle politischen und Preßvergehn;
- Gleiche politische und bürgerliche Rechte für alle religiösen Glaubensbekenntnisse;
- Allgemeine Bürgerwehr-Verfassung mit freier Wahl der Führer;
- Ein volksthümliches, auf Urwahlen gegründetes, alle Interessen des Volks vertretendes Wahlgesetz;
- Beschließende Mitwirkung der Volksvertretung in der gesammten Gesetzgebung und im Staatshaushalt mit einfacher Majorität;
- Verantwortlichkeit der Minister;
- Vereidigung des Heeres auf die Verfassung.

Ew. Majestät haben ferner die Mitwirkung Preußens zur Umwandlung des deutschen Staatenbundes in einen Bundesstaat, mit wahrhafter Volksvertretung beim Bunde, zugesichert.

Indem wir diese Zusicherungen hiermit dankbar annehmen, indem wir anerkennen, daß die konstitutionelle Monarchie auf der breitesten Grundlage von nun an die Staatsform Preußens sein wird, steht uns nicht nur unser verfassungsmäßiger Beruf, sondern auch, deß sind wir gewiß, der Wille des Volks zur Seite. Das Volk will, indem es sich zur Freiheit erhebt, nicht brechen mit seiner Geschichte; es ehrt das Königthum, unter welchem Preußen groß geworden ist; es sieht in der konstitutionellen Monarchie die sicherste Gewähr der Freiheit, der öffentlichen Wohlfahrt, der Einheit Preußens. Es betrachtet sie als nothwendig für die innige Verbindung mit den andern deutschen Bundesstaaten, es erkennt, daß nur unter diesem Banner Deutschland einig dastehe und bei hereinbrechenden Gefahren sein nationales Dasein, und die edle Errungenschaft deutschen Lebens siegreich vertheidigen kann.

Deutschland, fest entschlossen, seine eigne Nationalität nach allen Seiten hin zu wahren, will Gerechtigkeit für alle. Wir begrüßen daher freudig den Erlaß Ew. Majestät, welcher dem Großherzogthum Posen eine nationale Reorganisation verheißt.

Ew. Majestät haben in einem verhängnißvollen Augenblicke einen segensreichen Entschluß gefaßt; es sind Männer in den höchsten Rath der Krone berufen worden, die das Vertrauen des Landes besitzen. Das volksthümliche Wirken der also gekräftigten Staatsgewalt wird das Gefühl der Einheit zwischen der Nation und ihrem Fürsten kräftigen, das Vertrauen in Handel und Gewerbe neu beleben; die Regierung wird der Lage der arbeitenden und gewerbtreibenden Classen in Stadt und Land eine erhöhte Fürsorge widmen und zugleich auf gesetzlichem Wege dem in manchen Landestheilen eingetretenen gesetzwidrigem Zustande ein Ende machen.

Jeder Zwiespalt im Lande schwindet; Volk und Heer sind nicht zweierlei; auf beiden Seiten schlagen Heldenherzen und die heilige Liebe zum Vaterlande verschmilzt sie zu einem unzertrennlichen Ganzen.

Ew. Majestät Regierung kann in diesen Bestrebungen, unter den Schwankungen unserer öffentlichen Zustände Ordnung und Gesetz zu handhaben, auf die kräftigste Unterstützung aller guten Bürger rechnen; denn Alle erkennen, daß nur Achtung gegen das Gesetz das Vaterland vor der Zerrüttung bewahren und die neu aufgegangene Blüthe der Freiheit zur schönen Frucht entwickeln kann.

Indem wir uns unsre Erklärung über die vorgelegten Gesetzentwürfe, welche zum Theil die eben angeführten Zusicherungen Ew. Majestät betreffen, vorbehalten, verharren wir in tiefster Ehrfurcht

Ew. Majestät

getreue zum vereinigten Landtag versammelt. Stände.

Berlin, den 2. April 1848.

Dieser Adresse widersprachen nur die berüchtigten Herren von Thadden (vgl. Wochbl. No. 13, S. 110.) und von Bismark. Man beehrte sie mit keiner Widerlegung, sondern nahm den Entwurf einstimmig an. Hierauf erklärte noch der abgegangene Ministerpräsident Graf Arnim sein rasches Ausscheiden aus dem Ministerium. Er war nämlich am 19. März eingetreten und schon am 27. wieder ausgeschieden. Er habe den früheren Regierungsgrundsätzen mit Aufrichtigkeit gedient; er werde es auch gegen die neueren thun. Aber er habe mit seiner Person kein Hinderniß sein wollen, gegen den Eintritt der Männer (Hansemann, Camphausen), welche er gegenwärtig für die fähigsten achte, Kraft, Vertrauen und Ordnung in der Nation zu wahren. Deßhalb sei er zurückgetreten, nicht aus Verzweiflung an der Dauer der neuen Zustände, noch aus Furcht vor dem Urtheil des Landes. Er werde den jetzigen Ministern seine volle Unterstützung angedeihen lassen. Diese Worte wurden von wiederholtem Beifall begleitet; Camphausen rühmte den Muth des Grafen Arnim und sprach die Zuversicht aus, daß **die Gefahr des Augenblicks glücklich abgewendet und Preußen aus den Gefahren der Gegenwart glänzend hervorgehen werde.**

Die königl. Vorschläge betreffen:

1) ein vorläufiges Gesetz über die Wahl der Volksvertreter.

Urwähler ist jeder heimathsberechtigte Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet und den Besitz der bürgerlichen Rechte nicht verwirkt hat und nicht aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung oder ohne eignen Hausstand in einem dienenden Verhältnisse Lohn und Kost bezieht.

Die Urwähler wählen auf je 500 Seelen einen Wahlmann.

Die Wahlmänner wählen für den Kreis oder die große Stadt unter 60000 Einwohnern einen, über 60000 zwei, über 100000 drei Abgeordnete u. s. w.

Jeder Urwähler, der das 30. Lebensjahr vollendet hat, ist zum Abgeordneten wählbar.

2) einige Grundlagen der künftigen preußischen Verfassung.

a) Die Cautionen für die Zeitschriften (vgl. Wochbl. No. 12. außerordl. Beil. S. 90. §. 4. 1. b.) fallen weg.

b) Alle Staatsverbrechen werden nur von den ordentlichen Gerichten gerichtet.

c) Kein Richter darf ferner ohne Urtheil und Recht entlassen oder wider Willen versetzt oder pensionirt werden.

d) Alle Preußen sind berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln und bedürfen dazu keiner polizeilichen Erlaubniß.

e) Die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte

ist unabhängig vom religiösen Glaubensbekenntnisse.

f) Den künftigen Vertretern des Volks soll jedenfalls die Zustimmung zu allen Gesetzen so wie zur Festsetzung des Staatshaushalts und das Recht der Steuerbewilligung zustehn.

Politische Rundschau.

Die Aussichten werden etwas friedlicher. Zwar hat der russische Kaiser einen Aufruf an sein Volk erlassen, welcher mit den Worten schließt: „Bekehret die Völker und unterwerft sie!" Aber es scheint doch, als ob man, in Warschau namentlich, dem Spiele nicht recht traue; die Polizei soll dort sogar schon höflich geworden sein. Auch ist jene Proklamation erlassen, ehe Nikolaus Nachricht von den Berliner Ereignissen und von der gänzlichen Aenderung der preußischen Politik haben konnte.

Die Polen aber im Großherzogthume werden schwerlich so rasch im Stande sein, gegen Rußland loszuschlagen, als sie gedacht haben mögen; sie haben die deutschen Bewohner des Großherzogthums so ungerecht wie unvorsichtig beleidigt; diese wollen deutsch bleiben, so die Städte Bromberg, Kempen u. s. w. Die polnischen Landbewohner, Komorniks und Bauern, wollen lieber preußisch bleiben, weil sie es nie besser gehabt haben, als unter preußischer Herrschaft. Auch richten sich die Bauernaufstände nicht gegen die Deutschen und Juden, sondern gegen die Edelleute. Ebenso denken die galizischen Bauern. Es wird also der polnische Adel sich vielleicht besinnen, und auch die Regierung beginnt wieder Kraft zu entwickeln gegen das ungesetzliche Steuer-Auflegen, Menschen- und Pferde-Ausheben.

In Preußen beruht viel Hoffnung auf dem vereinigten Landtage, Hoffnung nämlich, daß er bald das vorläufige Wahlgesetz beschließen und dann auseinandergehn werde. Indessen wird es allmählich immer ruhiger. In Berlin ist wieder Militair eingerückt; doch sind nicht Alle damit zufrieden. Daß einzelne Brausköpfe die Preßfreiheit jetzt zu unziemlichen und unüberlegten Flugschriften mißbrauchen, das ist ein Uebelstand, der im Gefolge der neuerlangten Freiheit nothwendig sein muß; man lernt jede Freiheit erst allmählich gebrauchen. Die Berliner und Breslauer sind oft etwas ungeduldig und die dortigen Volksversammlungen benehmen sich oft, als ob sie das ganze preußische Volk wären; das droht allerdings die gesetzliche Entwickelung zu stören. Aber es wird sich geben, sobald der Landtag aus Vertretern des Volks, nicht mehr aus Ständen, bestehen wird. Ein Paar Ritter haben beinahe Breslau deßhalb den Krieg erklären wollen, es wird wohl aber nicht so ängstlich sein. Wir wollen uns nicht von Berlin und Breslau die Gesetze geben lassen, aber noch weit weniger ferner von einer Handvoll Bevorrechteter und von einer Beamtenklasse, die allein alle Staatsweisheit in sich zu enthalten meint. Wir wollen auch nicht vergessen, daß wir den Berlinern und Breslauern die neue Freiheit verdanken.

In Frankfurt am Main ist am 30. März die Versammlung der vorberathenden Volksabgeordneten unter ungeheurem Jubel eröffnet worden. Sie hat zunächst beschlossen, daß nicht sie, sondern die erst noch zu bildende constituirende Versammlung bindende Beschlüsse zu fassen habe; ferner, daß Schleswig und Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen seien. Für die constituirende Versammlung soll ein Volksvertreter auf 50000 Seelen gewählt werden, die Art der Wahl den einzelnen Staaten überlassen bleiben; aber jeder volljährige Staatsbürger wahlfähig und wahlberechtigt sein. Die Parteien haben sich schon getheilt; die Einen wollen einen Freistaat, die Andern ein volksthümliches Königthum. Zum König schlägt Jemand den Erzherzog Johann von Oesterreich vor, der nicht einmal Fürst ist.

Dänemark bleibt dabei, Schleswig mit Gewalt zu zwingen; es soll auf englische Hülfe zählen. Die Dänen sind im Vortheil durch ihre Flotte und haben schon die Insel Alsen (16000 Einwohner) unterworfen. Den Schleswig-Holsteinern eilen preußische, mecklenburgische, hannoversche Truppen zu Hülfe. Hannoveraner sind schon in Holstein eingerückt; zum eigentlichen Kampf ist es noch nicht gekommen; doch soll schon ein preußisches Schiff beschossen worden sein.

Oesterreich ist in Gefahr ganz zu zerfallen; Metternich ist zwar fort, aber die neuen Minister sind nicht viel besser; in Wien ist man sehr unzufrieden; in Prag wird man wieder unruhig. Die Ungarn sind schon so gut, wie ganz unabhängig. Italien aber ist für jetzt verloren; Graf Radetzky hatte so schlecht für seine Truppen gesorgt, daß sie Mailand aus Mangel an Brot und Schießbedarf räumen mußten. Wie er in hochmüthiger Grausamkeit durch unnützes Schießen aufs Volk den Aufstand hervorgerufen hatte, so hatte er in hochmüthiger Verblendung einen ernsthaften Widerstand gar nicht für möglich gehalten und für nichts ordentlich gesorgt. Also ergaben sich viele Oesterreicher vor Hunger. Der Kampf ist übrigens am 18. März ausgebrochen, also grade an demselben Tage, wie in Berlin. Karl Albert, König beider Sardinien, ist mit seinem Heere in der Lombardei eingerückt, den Lombarden beizustehn, und hat an Oesterreich den Krieg erklärt. Zwar stehn noch 60000 Oesterreicher, zum Theil frische Truppen, bei der fast unüberwindlichen Festung Mantua; aber sie haben vor sich die Sardinier und Mailänder, links die Römer und im Rücken die Venetianer, und können nur aus Tyrol Verstärkung und Zufuhr erhalten. In Wien ist zwar großer Eifer für die kaiserliche Sache; aber die Ungarn meinen, Italien gehe sie nichts an, und haben keine Lust, dem Kaiser Truppen und Geld zur Wiederunterwerfung von Italien zu bewilligen. Die Freischaar der deutschen Republicaner aus Paris ist noch nicht an der Grenze erschienen. Auch sind die Nachrichten von ihrem Morden und Sengen nur böswillige Lügen gewesen, um die öffentliche Meinung gegen sie aufzuregen. Ein Herr Börnstein aus Paris erklärt in ihrem Namen, sie wollten nur friedlich nach Deutschland kommen. Wer weiß nun, wer Recht hat?

Während so die alte Welt sich schlägt, oder schlagen will, macht die neue Welt Friede. Die nordamerikanischen Freistaaten hatten 2 Jahre Krieg mit Mexico geführt und fast das ganze Land erobert; jetzt haben sie Frieden gemacht und wahrscheinlich sich die Hälfte für Kriegskosten abtreten lassen.

verantw. Redacteur: A. Rösler.

Allen meinen geehrten Freunden und Gönnern mache ich hiermit die ergebene Anzeige, daß ich vom 2. April ab das hiesige Schießhaus pachtweise übernommen habe. Indem ich um gütiges Wohlwollen bitte, gebe ich hiermit die Versicherung, daß ich stets bemüht sein werde, durch gute Getränke und prompte Bedienung mir das Zutrauen Aller zu erwerben.

Auch zeige ich noch ergebenst an, daß ich auch Tischgäste annehmen werde; hierauf Reflektirende wollen sich gefälligst bei mir melden.

Oels, den 3. April 1848.

C. Wolff, Schießhauspächter.

Da ich am gestrigen Tage von glaubwürdigen Männern erfahren habe, wie schon seit längerer Zeit sowohl in der Stadt als auch im Kreise Oels, von übelgesinnten Personen, das verläumderische Gerücht verbreitet worden ist, als sei ich bei der im Jahre 1845 zu Festenberg unglücklich ausgeführten Operation als Denunciant aufgetreten, so erlaube ich mir hiermit zu bemerken: daß ein Physikus in seinem zugetheilten Kreise nie als Denunciant fungiren kann, denn er ist selbst die untersuchende Medizinal-Person; diese Untersuchungen müssen aber immer von einer Behörde gefordert werden, entweder von dem Königlichen Landräthlichen Amte oder von einem Gerichte; in dem vorliegenden Falle wurde ich von dem Königlichen Landräthlichen Amte zu Wartenberg requirirt. Daß ich bei dieser höchst unangenehmen Angelegenheit mit der größten Schonung und Humanität verfahren bin, müssen die hierbei interessirten Medizinal-Personen, als rechtliche Männer bezeugen, und im erforderlichen Falle kann ich dieses durch Schriftstücke genügend belegen.

Sollten dennoch diese mir wohlbekannten Herren fernerhin bemüht sein, dieses heimtückische Gerücht zu befördern, so werde ich mich ohne alle Rücksicht veranlaßt finden, gegen dieselben gerichtlich Klage zu führen.

Wartenberg, den 3. April 1848.

Dr. Bunke, Königlicher Kreis-Physikus.